

Berlin intern



**Informationsschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz
für den Wahlkreis Dortmund**

„Erfolge am Arbeitsmarkt“

Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie lange nicht mehr. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Dezember 2007 auf 3,406 Mio. gesunken, ein Rückgang von 1,2 Mio. im Vergleich zu Dezember 2008. Auch in Nordrhein-Westfalen ist die Arbeitslosenquote gesunken. Im Dezember 2007 betrug sie 8,6 Prozent, ein Rückgang von 1,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Auch der Beschäftigungszuwachs nimmt zu. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist auf knapp 27,5 Mio. angestiegen, das sind 575.000 mehr Beschäftigungsverhältnisse als vor einem Jahr.

Aufschwung erreicht Ausbildungsmarkt

Zum Stichtag 30.09.2007 wurden 626.000 neue Ausbildungsverträge gezählt. Das sind fast 50.000 mehr als im Vorjahr. Nur 1999 wurden im wiedervereinigten Deutschland mehr Ausbildungsplätze angeboten. Das Angebots-Nachfrage-Verhältnis stieg damit auf 98,3 Prozent, in Westdeutschland sogar auf 99,1 Prozent.

Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags

Zum 01. Januar 2008 wurde der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von bisher 4,2 auf 3,3 Prozent gesenkt. Für einen Durchschnittsverdiener bedeutet die Senkung eine jährliche Entlastung von 400 Euro. Mit dieser Senkung konnte sich die Union mit ihrer Linie im Koalitionsausschuss durchsetzen, den Beitragszahlern überschüssige Mittel zurückzugeben.

Verlängerte Zahlung des Arbeitslosengeldes

Die Koalition hat die verlängerte Zahlung von Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitnehmer beschlossen. Arbeitnehmer über 50 Jahre erhalten zukünftig im Fall der Arbeitslosigkeit 15, über 55 Jahre 18 und über 58 Jahre 24 Monate Arbeitslosengeld I. Gekoppelt sind die Verlängerungen an einen Eingliederungsgutschein für ältere Arbeitslose, den sie dann in einer konkreten Beschäftigung einlösen müssen.

Schärferes Jugendstrafrecht

Mit dem Gesetz zur Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung bei Verurteilungen nach Jugendstrafrecht, wird durch Änderungen im Jugendgerichtsgesetz, der Strafprozessordnung und dem Gerichtsverfassungsgesetz die bislang bei Verurteilungen nach Jugendstrafrecht nicht mögliche Sicherungsverwahrung eingeführt.

Dies gilt bei schwersten Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die sexuelle Selbstbestimmung. Voraussetzung ist, dass vor Ende des Vollzugs Tatsachen erkennbar werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten lassen, dass der Täter erneut einschlägige Straftaten begehen wird.

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

Haushalt 2008

Die Neuverschuldung wird im Vergleich zu 2007 um weitere 7,7 Mrd. Euro auf 11,9 Mrd. Euro gesenkt. Spätestens im Jahr 2011 soll die Neuverschuldung auf Null sinken.

Auch die Staatsausgabenquote sinkt weiter. Nach fast 50 Prozent im Jahr 1996 soll sie in Kürze wieder den Stand vor der Wiedervereinigung mit ca. 43 Prozent erreichen.

Der Haushalt 2008 sieht Ausgaben in Höhe von 283,2 Mrd. Euro vor. Die Investitionen liegen bei rund 24,3 Mrd. Euro. Die Investitionsausgaben für 2008 wurden insbesondere in den Bereichen Verkehr und Wirtschaft um etwa 400 Mio. Euro aufgestockt. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland geleistet. Weitere 400 Mio. Euro werden für national bedeutsame Kulturinvestitionen zur Verfügung gestellt. Ein Schwerpunkt dieser Investitionen liegt im Bereich des Denkmalschutzes.

Erstmals wurden auch die erwarteten Einnahmen aus dem CO₂-Emissionszertifikatehandel im Bundeshaushalt berücksichtigt. Mit diesen Einnahmen werden zusätzliche Investitionen in Höhe von 400 Mio. Euro zum Ausbau erneuerbarer Energien und für wirksamere Energienutzung in klein- und mittelständischen Unternehmen sowie zur Entwicklung effizienterer Elektrogeräte oder anderer Produkte ermöglicht.

Abgeordnetenentschädigung („Diäten“)

Gemäß Artikel 48 Absatz 1 des Grundgesetzes haben Abgeordnete des Deutschen Bundestages „Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung“. Die Höhe der Entschädigung orientiert sich nach geltendem Recht an den Gehältern von gewählten hauptamtlichen Bürgermeistern und Oberbürgermeistern mittlerer Kommunen sowie von Richtern an Bundesgerichten. Die Schere zwischen dem Anstieg der Abgeordnetenentschädigung im Vergleich zu anderen Einkommensgrößen ist seit nahezu 30 Jahren auseinandergegangen.

Die Anhebung der Diäten wurde vom Deutschen Bundestag am 16.11.2007 zum 01. Januar 2008 beschlossen. Sie ist die erste Erhöhung seit fünf Jahren und soll den bisher

entstanden Rückstand in zwei Schritten ausgleichen. Die Abgeordnetenentschädigung wurde zum 01. Januar 2008 um 330 Euro auf 7.339 Euro angehoben und soll in einem weiteren Schritt zum 01. Januar 2009 um 329 Euro auf 7.668 Euro erhöht werden.

Die Anhebung zum 01. Januar 2008 um 330 Euro entspricht einem Prozentsatz von 4,7. Dieser Steigerungssatz liegt unter dem Anstieg der durchschnittlichen Erwerbseinkommen seit der letzten Diätenerhöhung im Jahr 2003. Mit der Anhebung um weitere 329 Euro zum 01. Januar 2009 wird dann die Orientierungsgröße erreicht (B6, Bürgermeisterbezahlung), jedoch ohne die anteiligen Sonderzahlungen (bspw. Weihnachtsgeld) für die kommunalen Wahlbeamten und Bundesrichter. Sie werden nicht Bestandteil der Abgeordnetenentschädigung.

Altersversorgung der Abgeordneten

Die Diätenerhöhung ist an eine Absenkung der Altersversorgung gekoppelt, mit der Folge, dass schon der erste Schritt der Anpassung der Diäten zum 01. Januar 2008 mit einer Absenkung des Steigerungssatzes der Altersversorgung um 16 Prozent einhergeht.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages erhalten eine öffentlich-rechtliche Altersversorgung. Die Altersentschädigung ist im Gegensatz zu einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung voll zu versteuern; private Erwerbseinkünfte vor Vollendung des 65., zukünftig des 67. Lebensjahres, werden voll auf die Altersentschädigung angerechnet.

Die Höhe der Altersentschädigung wird von bisher 3 Prozent zukünftig für jedes Jahr der Mitgliedschaft im Bundestag auf 2,5 Prozent der monatlichen Abgeordnetenentschädigung abgesenkt. Der Höchstsatz wird erst nach 27-jähriger Mitgliedschaft im Bundestag erreicht. Eine solange Mitgliedschaft im Bundestag ist eine Ausnahme und setzt voraus, dass der Abgeordnete sieben Mal in den Bundestag gewählt worden ist. Tatsächlich scheiden 40 Prozent der Abgeordneten jedoch nach zwei Wahlperioden wieder aus dem Bundestag aus. Ein Abgeordneter mit einer durchschnittlichen Verweildauer von zwölf Jahren erhält somit zukünftig 30 Prozent der monatlichen Abgeordnetenentschädigung als zu versteuernde Altersversorgung.

Reform der Erbschaftssteuer

Die persönlichen Freibeträge zur Verschönerung des familiären Gebrauchsvermögens wurden deutlich angehoben (Ehegatten 500.000 Euro, Kinder 400.000 Euro, Enkel 200.000 Euro). Damit wird sichergestellt, dass in vielen Fällen gar keine Erbschaftsteuer anfällt.

Die Generationsnachfolge im Unternehmen wird erbschaftsteuerlich durch die Einführung des so genannten Abschmelzungsmodells erleichtert. Dabei wird die bisher schwierige Unterscheidung des produktiven vom unproduktiven Vermögen durch eine pauschalisierte Regelung ersetzt. Von der Bemessungsgrundlage für Betriebsvermögen wird ein Abschlag in Höhe von 85 Prozent vorgenommen. Außerdem fällt unter die Begünstigung das gesamte betriebliche Auslandsvermögen und nicht nur das Inlandsvermögen.

Das Abschmelzungsmodell kommt rückwirkend zum 01. Januar 2007 zur Anwendung.

Aufnahme der Briefdienstleister in das Entsendegesetz

Der Bundestag hat im Dezember 2007 die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass bei Betrieben, die überwiegend Briefdienstleistungen erbringen, der tarifvertraglich vereinbarte Mindestlohn für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. In namentlicher Abstimmung stimmten 466 Abgeordnete für und 70 gegen den Gesetzentwurf. 16 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Die CDU/CSU-Fraktion hat sich in der Koalition durchgesetzt, keinen flächendeckenden einheitlichen Mindestlohn einzuführen. Die Tarifpartner sollen gestärkt und nicht ersetzt werden.

Die Briefdienstleister sind nach der Baubranche und den Gebäudereinigern die dritte Branche, die in das Entsendegesetz aufgenommen wurden.

CDU und SPD haben sich darauf verständigt, bei Bedarf weitere Branchen in das Entsendegesetz aufzunehmen, sofern diese sich bis zum 31. März darauf verständigen und die zwischen den Koalitionspartnern vereinbarten Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Reform des Unterhaltsrechtes

Im Mittelpunkt der Reform, die zum 01.01.2008 in Kraft getreten ist, steht das Wohl des Kindes. Der Kindesunterhalt hat danach Vorrang vor allen anderen Unterhaltsansprüchen. An zweiter Stelle finden sich alle kinderbetreuenden Elternteile, die durch die Neuregelung gleichbehandelt werden.

Ebenso schutzbedürftig wie die kinderbetreuenden Eltern ist auch der Ehegatte im Hinblick auf seine weiteren Unterhaltsansprüche. Auch er findet sich im zweiten Rang. Dabei wird das Kriterium „Ehe von langer Dauer“ um die Klarstellung ergänzt, dass neben der rein zeitlichen Dauer der Ehe auch die Dauer der Pflege und Erziehung eines gemeinschaftlichen Kindes sowie die Rollenverteilung in der Ehe einschließlich der Kinderbetreuung heranzuziehen sind.

EU erhält neue Grundlage

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben am 13. Dezember 2007 in Lissabon den EU-Reformvertrag unterzeichnet. Die deutsche Ratspräsidentschaft unter Bundeskanzlerin Merkel hat die entscheidenden Grundlagen für diesen Erfolg gelegt.

Der Vertrag von Lissabon stellt die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union wieder her, die seit ihrem Anwachsen auf 27 Mitgliedsstaaten fast gänzlich verloren ging. Dies wird für den Rat durch die Ausweitung des Anwendungsbereichs der qualifizierten Mehrheit und die Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit ab 2014 erreicht.

Der neue EU-Vertrag enthält auch eine wichtige Neuerung für den Deutschen Bundestag. Mit ihm wird die bereits im Verfassungsvertrag angelegte Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente durch ein Recht zur Subsidiaritätseinrede und zur Subsidiaritätsklage Wirklichkeit.

Der Vertrag von Lissabon muss durch alle 27 Mitglieder ratifiziert werden, damit er zum 01. Januar 2009 in Kraft treten kann. Alle Mitgliedsstaaten zeigen starken Willen, das Projekt in kurzer Zeit zum Erfolg zu führen. Der Deutsche Bundestag wird die Ratifizierung im 1. Halbjahr 2008 abschließen.

Steuerliche Entlastung von Privathaushalten

Nach einem Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion soll das Unternehmen „Privathaushalt“ steuerlich entlastet werden, indem steuerliche Förderung ausgebaut und übersichtlicher gestaltet werden.

Grundsätzlich sollen wie bei gewerblichen Unternehmen Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abgezogen werden können.

Mit den Maßnahmen will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erstens die Haushaltsführung finanziell unterstützen. Insbesondere bei Familien, älteren Menschen, aber auch bei Einpersonenhaushalten besteht ein wachsender Bedarf an haushaltsnahen Dienstleistungen.

Andererseits aktiviert die CDU/CSU-Fraktion damit das im Privathaushalt vorhandene Beschäftigungspotential und macht legale Arbeit attraktiver. Seit Jahren stagniert hier etwa die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten bei rund 35.000.

Im Einzelnen:

Wenn der Privathaushalt als Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiges oder ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis eingeht, können die Aufwendungen uneingeschränkt von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abgezogen werden. Voraussetzung ist, dass das Beschäftigungsverhältnis haushaltsnah ist, also z.B. der Wohnungsreinigung, der Gartenpflege, der Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen dient. Damit werden Fördertatbestände zusammengelegt und insgesamt verbessert. Insbesondere bei Aufwendungen für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zur Kinderbetreuung tritt eine Verbesserung ein.

Wenn der Privathaushalt als Auftraggeber haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch nimmt, soll neben der bisherigen steuerlichen Abziehbarkeit von Kinderbetreuungskosten zwei Drittel der Aufwendungen, maximal 4000 Euro, von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. Der Förder-Wirrwarr zwischen Kinderbetreuungskosten, Pflegeleistungen und sonstigen haushaltsnahen Dienstleistungen wird mit einheitlicher Förderung beendet.

Daten und Fakten

CDU/CSU sind Parteien der Inneren Sicherheit

54 Prozent aller Deutschen sehen in CDU und CSU diejenigen Parteien, die sich am entschiedensten für die Belange der Inneren Sicherheit und des Schutzes vor Kriminalität und Terrorismus einsetzen. Dies ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Allensbach. Der SPD hingegen trauen nur acht Prozent der Befragten eine solche Rolle zu.

Reformpolitik kurbelt deutsche Wirtschaft an

Die reformpolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahre haben die Wachstumsrate der deutschen Volkswirtschaft um 1,2 Prozent angehoben – und somit zu einem Drittel der Wachstumsbeschleunigung auf rund 3 Prozent im Jahr 2006 beigetragen. Dies folgt aus einem Gutachten des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW). Einen Zuwachs um 0,5 Prozentpunkte brachte allein die sinkende Arbeitslosigkeit. Zudem haben Steuersenkungen die Investitionsbereitschaft der Firmen erhöht.

Zeitarbeitsbranche als Wachstumsmotor

Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft sind in den vergangenen drei Jahren in der Zeitarbeitsbranche 400.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Für die kommenden drei Jahre rechnet die Branche mit 500.000 weiteren Stellen.

Merkel bei Top-Managern am Beliebtesten

Laut dem Handelsblatt Business-Monitor halten Deutsche Spitzen-Manager Bundeskanzlerin Angela Merkel für kompetenter als alle anderen Spitzenpolitiker. Mehr als 800 Führungskräfte von kleinen, mittleren und großen Unternehmen bewerteten ihre Leistungen auf einer Skala von 1 bis 5 mit 2,4. Alle übrigen Mitglieder des Bundeskabinetts schnitten deutlich schlechter ab. Auch bei der Bewertung der Parteien erreichten CDU/CSU das beste Ergebnis. Die Arbeit der Union wurde mit 2,9 bewertet und damit besser als die der Bundesregierung insgesamt.

Mit den besten Wünschen für ein frohes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2008 – Ihr Erich G. Fritz